

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Laden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktions-
Leiter: K. K. K. Dresden
und Sächs. Staatskanz.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Gold und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 86 931.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Mellemasse 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 116

Dresden, Montag den 19. Mai 1924

35. Jahrg.

Der Bergarbeiterkampf geht weiter

Die vier Bergarbeiterorganisationen veröffentlichen folgenden gemeinsamen Aufruf:

Kameraden!

Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai zu dem Berliner Schiedsspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neu geschaffene Manteltarif für annehmbar erklärt. Einmütig wurde jedoch das Ueberarbeitsabkommen entschieden abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Zuschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedsspruch vorgesehen ist. Die festgesetzte Frist für das Ueberarbeitsabkommen, das bis zum 31. März 1925 unauflösbar laufen soll, ist von zu langer Dauer. Das Arbeitsverhältnis für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenarbeitszeit von 78 Stunden muß als eine besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden. Klar und deutlich vertritt die Konferenz zum Ausdruck, daß die Ruhrbergarbeiter neu, Ueberarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn sie als solche anerkannt und entsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterschaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allzu weit überhöhten Ausbesserungen seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit gehindert. Unermesslicher Schaden erwächst aus diesem Verhalten der Unternehmer der Volksgesundheit.

Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Ruhrbergarbeiter! Verantwortungslöse Elemente sind an der Arbeit, überall im Ruhrgebiet auftauchende Senkboten der A. P. D. verfolgen, die bisher geübte gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der A. P. D. treten in offener und verletzender Form an euch mit der Aufforderung heran, Veränderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen birgt in sich die Gefahr der Verwirrung unserer Reihenfront und ist die beste Hilfe für das Unternehmertum.

Kameraden! Es gilt, in dem uns aufgezogenen Kampf auszuhalten und gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Ruhrarbeiter in Ehren und ungeschoren aus diesem schweren Konflikt hervorgehen können.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Der Schiedsspruch abgelehnt

Bochum, 17. Mai. (Eig. Drahtb.)

Am 17. Mai nahmen die Delegierten des Deutschen Bergarbeiterverbandes in einer Revierkonferenz in Bochum zu dem in Berlin gefällten Schiedsspruch Stellung. Nach einem Referat des ständigen Sekretärs, der über die Verhandlungen in Berlin eingehend Bericht erstattete, und nach einem nochmaligen Auf die Schwierigkeiten der Lage eingehenden Schlußwort des ständigen Sekretärs Dusemann kam es zu einer sehr erregten und gründlichen Aussprache. Die Delegierten sprachen sich in der Diskussion einmütig gegen das Ueberarbeitsabkommen aus. Die vorgeschlagene Regelung des Manteltarifs wurde jedoch für annehmbar erklärt. In folgender einstimmig angenommener Entschließung wurde der Wille der Konferenz zum Ausdruck gebracht:

„Die Konferenz hält den Schiedsspruch, soweit der Rahmen- tarif in Frage kommt, für annehmbar. Die Regelung der Ueberarbeit durch den Schiedsspruch ist dagegen völlig unannehmbar. Die Konferenz lehnt den Schiedsspruch ab. Sie weigert sich nicht, Ueberarbeit zu leisten, soweit die wirtschaftliche Notlage das erfordert. Die Ueberstunden müssen jedoch besonders bezahlt und der tarifmäßige Zuschlag gewährt werden. Für die durchgehenden Betriebe über Tage muß die Arbeitsverhältnissen bestehen bleiben. Mit allem Nachdruck stellt die Konferenz nochmals fest, daß die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets bereit ist zu arbeiten. Sie kann aber nicht arbeiten, weil sie von den Zehnerbesitzern ohne Grund ausgespart ist. Denn nach § 6 der noch geltenden Arbeitsordnung besteht für unter Tage die Siebenstundensfrist, für über Tage die achttägige Arbeitszeit. Bis zur Schaffung eines annehmbaren Ueberarbeitsabkommens kann also eine andere Arbeitszeit nicht in Frage kommen.“

Gegen A. P. D. und Union

Aus der Mitte der Konferenz wurde gegenüber dem kommunistisch-unionistischen Zerstückelungsstreben folgende Entschließung eingebracht und gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die am 17. Mai in Bochum tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet wendet sich mit aller Schärfe gegen das häßliche Gebaren der A. P. D. und Union, die in der Stunde der höchsten Krisenanstrengung der Ruhrbergarbeiter ihre ganze Aufgabe darin erblicken, Mißtrauen zwischen den Führern und den Massen unseres Verbandes zu schaffen. Die Ruhrbergarbeiter stehen in ihrem berechtigten Abwehrkampf einmütig und geschlossen hinter der Organisation. Mit Entschiedenheit wenden sich die versammelten Delegierten gegen die gemeine und vergiftende Propaganda, die von der A. P. D. und Union gegen die betruenen Führer unseres Verbandes geführt wird. Die Führer unseres Verbandes genießen, das ist deutlich und klar vor aller Öffentlichkeit betont, ganz besonders in dieser Stunde unser volles Vertrauen. Das herabsetzende Geschimpfe der kommunistischen Saboteure unserer Ein-

heitsfront richtet sich letzten Endes nicht nur gegen unsere Führer, sondern auch gegen uns selbst. Die wir das Ruhrgebiet organisieren. Mit allen Mitteln versuchen die Moskauer Beauftragten der Union und der A. P. D. die im Ruhrgebiet schwebenden Differenzen zur Durchführung ihrer politischen und historischen Ziele auszunutzen. In der kommunistischen Presse, durch in Millionen von Exemplaren verteilten Flugblättern, in Versammlungsreden usw. fordern diese Spione mit dem Wohl und Weh der Ruhrbergarbeiter in offener und verletzender Form zu Klünderung und sonstiger Gewalttätigkeiten auf. Kameraden, lehnt den Appell an die niedrigen Instanzen entschieden ab und wehrt den gefährlichen Ansturm der Gewalt, daß ihr nicht gewillt seid, unsere Kampfbewegung in den Schmutz der Gemeinheit und politischen Verantwortlichkeit ziehen zu lassen! Kameraden, schließt die A. P. D. und Union zur Organisation inaktivität, rücksichtslos Verleumdungen zur Organisation und deren Nützlichkeit gibt uns die beste Gewähr für die erfolgreiche Verwirklichung des uns aufgezogenen schweren Kampfes.“

Die Stellung der christlichen Bergarbeiter

Bochum, 17. Mai. Die am 17. Mai in Bochum tagende außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet nahm nach kurzer Beratung eine Entschließung einstimmig an, in der es u. a. heißt:

„Der in Berlin gefällte Schiedsspruch zur Aussparung im Ruhrbergbau hat bei der Bergarbeiterschaft eine ungeheure Enttäuschung und Erregung hervorgerufen. Den Manteltarif nehmen wir mit den vorgesehenen Veränderungen an; das Ueberarbeitsabkommen lehnen wir ab, weil nicht mehr von Ueberarbeit, sondern von Ueberarbeit die Rede ist. Die im Ueberarbeitsabkommen festgelegte Frist ist entschieden zu lang und bedeutet eine weitere Verschlechterung des am 28. April gefällten Schiedsspruchs; außerdem fehlt im Berliner Schiedsspruch eine befriedigende Regelung der Lohnfrage.“

Der Zehnerverband nimmt an

Essen, 18. Mai. Der Zehnerverband hat ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich trotz schwerer Bedenken (1) zur Annahme des Schiedsspruchs für den Ruhrbergbau entschlossen hat.

Die Lage im sächsischen Bergbau

Die wir von zuständiger Stelle erfahren, gilt der in Berlin gefällte Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, nicht aber für das sächsische Kohlenrevier, vielmehr sind die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen.

Parteitag und Frauenkonferenz

Parteilgenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Wittwoch den 11. Juni 1924, abends 6 Uhr
nach Berlin, Gebäude des Preussischen Landtags, Prinz-Albrecht-Straße, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes
a) Allgemeines. — Berichterstatter: Otto Weis,
b) Agitation, Organisation und Kasse. — Bericht-
erstatter: Fr. Bartels, R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter:
Friedr. Brähne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter:
Hermann Müller.
4. Das Organisationsstatut. — Berichterstatter: Rich.
Lipinski, Leipzig.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft. — Re-
ferent: Wilhelm Helling.
6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. —
Referent: Dr. Hilsferding.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission
und des Ortes, an dem der nächste Parteitag statt-
finden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tages-
ordnung noch nicht erledigt sind.

Am Sonntag den 15. Juni 1924, vorm.
10 Uhr, findet im Landtagsgebäude in Berlin eine

Frauenkonferenz

statt.
Vorläufige Tagesordnung: Die Frauen und die Wahlen.

Zur Teilnahme berechtigt an der Frauenkonferenz sind aus jedem Parteibeitritt ein bis zwei Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen Mitglieder des Reichstages. Sofern männliche Genossen von der Beiratsleitung mit Mandat versehen werden, sind sie zur Teilnahme an der Frauenkonferenz berechtigt.

Begen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Theodor Fischer, Berlin-SW 68, Lindenstraße 3.

Berlin, den 16. Mai 1924.

Der Parteivorstand.

In Erwartung der Parlamentsöffnung

Von unserm italienischen Berichterstatter
Rom, den 15. Mai 1924.

Am 24. Mai, dem Jahrestage der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich, wird die neue Legislaturperiode in Italien eröffnet, die die Faschisten bezeichnen als die erste begehnten, da be-
samtlich die neue Geschichte Italiens erst mit ihr anfängt.

Sobald man die Sachlage nur oberflächlich betrachtet, sollte eigentlich die neue Kammer gegenüber dem Regime der Diktatur, wie es während des Jahres der außerordentlichen Vollmacht herrschte, keine Veränderung bedeuten. Außer der Zweidrittelmehrheit, die ihr das neue Wahlgesetz sicherte, hat die Regierung noch die 19 Mandate, die sie der Minderheit weggenommen hat. Praktisch betrachtet, sollte sie also schalten und walten können wie ohne Kammer, da ja die übergroße Mehrheit der Abgeordneten unter Parteidisziplin steht. Nun ist es aber mit der faschistischen Partei-
disziplin nicht so musterhaft, wie vielleicht im Ausland geglaubt wird. Es genügt nicht, den Menschen schwarze Demos anzugehen, um ihre Ideen und ihr Temperament auf eine Farbe abzustimmen. Der Faschismus hat zu viele widerstreitende Interessen in seinem Schiffe verpackt und hat für ihre Bindung keine andere Macht aufzubringen vermocht als die des individuellen Vorteils; was wunder-
worn ist, wo das Schiff im Hafen des Erfolges angelangt ist, der Stempel anstreicht?

So hat jetzt die faschistische Partei ihre „revisionsistische Bewegung“, worunter man, da es kein Programm zu revidieren gibt, eigentlich die verschiedenen Bestrebungen versteht, ein Programm ausgearbeitet. Bei dem tiefen Bildungsstande der faschistischen Größen hält sich die ganze Diskussion auf einem sehr bescheidenen, um nicht zu sagen häßlichen Niveau. Die einen wollen beschreiben, um nicht zu sagen häßlichen Niveau. Die einen wollen den Faschismus als eine Art „Gegenreformation“ darstellen, als den Rückkehr zur unerschütterlichen Einheit der katholischen Kirche vor Luther, die andere betonen seinen individualistischen Einschlag gegenüber den sozialen Solidaritätsbegriffen der Demokratie — welcher Auffassung Mussolini nach im vorigen Jahre beigetreten hat. Wieder andere suchen eine theoretische Formel für das, was der Faschismus die Wiederherstellung der Staatsautorität nennt, und was im Grunde das — dem Individualismus gerade entgegengesetzte — Regime des väterlichen Staates ist, der für die Autokratie eines Königs die eines Diktators tritt, als dessen voll-
ziehende Gewalt die faschistische Partei erscheint.

Während aber in diesen ausföhligen Versuchen, eine Theorie und eine Ideologie für eine sehr banale Praxis der Eroberung der Staatsmacht und der Staatsstellen durch eine Partei zu finden, nur der eigentliche Charakter des Faschismus als einer vorübergehenden Koalition widerstreitender Interessen zutage tritt, die sich keine Theorie geben können, haben wir in dem tatsächlichen Auseinander-
treten der faschistischen Aktion die ersten kräftigen Anzeichen zur Bildung verschiedener Richtungen innerhalb des Faschismus. Und es ist unermesslich, daß sich diese Anzeichen gerade in der parlamen-
tarischen Tätigkeit ausprägen. Heute, am Vorabend der Kammer-
eröffnung, gibt Ihnen gerade das wichtigste Regierungsproblem, das der sogenannten „Normalisierung“, Gelegenheit, in klarem Licht zu stehen.

Nach dem großen „Wahltag“, der der Regierung über 2 Millionen Stimmen Mehrheit gebracht hatte, trotzdem sich die faschistische Partei mit ihren 4½ Millionen Stimmen als die stärkste politische Partei in Europa“ pries, ohne den andern Parteien kleinlich ihre Millionen nachzurechnen, haben sowohl der Ministerpräsident als seine Umgebung ein, daß der Wahlkampf all die Gesetzesverletzung und Rechtsbeugung nicht wert wäre, wenn er nicht endlich ein Regime normaler Rechtsverhältnisse ermöglichte. Mussolini hat einen viel zu scharfen Instinkt für die Bedingungen seiner Wahrung, um nicht zu ver-
sehen, daß man ein Kulturvolk nicht auf die Dauer mit Knüppel und Revolver regieren kann. Aber die Faschisten der Provinzen, die nicht dem direkten Einfluß der Regierung unterliegen, konnten nicht von einem Tage auf den andern aufhören, das Charakteristische der faschistischen Aktion gerade in Knüppel und Revolver zu sehen. Daher die berückelnden Repräsentanzen, die in den 2 Nächten nach den Wahlen gegen die katholischen und Meri-
talen Organisationen des Kreises Monza in der Lombardie verübt wurden, wobei die Lokale von 67 Vereinen, Konjunkturvereinen, Bibliotheken, katholischen Junglingsorganisationen und sogar Oratorien vertrieben und verbrannt wurden. Die Sache, der die faschistische Presse vergebens Bedeutung absprach, war der Regierung um so unangenehmer, als sie den Vatikan zu sehr energischer Protestation betankelte; bekanntlich gab der Papst eine halbe Million Lire für die Opfer der faschistischen Gewalt und verlor seinem Meritus, sich irgendwo an den Siegesfeiern für die Wahlen zu beteiligen, was den Faschisten eine große Enttäuschung war, denn sie lieben es, ihre Feiern mit einem katho-
lischen Zeremonien und besonders mit „Reidmessen“ einzuleiten.

Ohne die Gewalttaten im Kreise von Monza offen zu besprechen, gab jedoch der „Lohr“ des Faschismus“, eine Art Nebenregierung aus faschistischen Parteifunktionären, die Parole aus, daß man nunmehr das Leben des Landes „normalisieren“ müsse. Tatsächlichweise löst diese Lenkung auf die entgegenstehenden Interessen und Tendenzen derer, die den Faschismus überhaupt nur als Gewaltaktion, und die ohne Ueber-
griffe ihre lokale Vorgesetzten einbüßen würden.

Wortführer dieser Leute ist ein gewisser Farinacci, früherer Eisenbahnbeamter, der seinerzeit den Bahndienst höher stellte als den Frontdienst, aber jetzt im Dienste der faschistischen Partei etwas gefunden hat, was ihm noch mehr zusagt. Dieser Farinacci hat die Formel der „Normalisierung“ in folgender Weise aufgestellt: Normalisieren heißt, das in den Bereich der Gesetzlichkeit stellen, was die Faschisten bisher außerparlamentarisch getan haben. Nicht die Faschisten sollen sich dem Gesetz anpassen, sondern das Gesetz soll entsprechend den Verhältnissen der faschistischen Aktion ausgeweitet werden. Derselbe Herr wird in der Kammer die folgenden Grundpfeiler der „Normalisierung“ vertreten: Strenge Ueberwachung der Presse und strengere Bestrafung derer, die im Ausland falsche Nachrichten verbreiten oder in irgendeiner Weise das Prestige Italiens durch ihre Berichte herabzusetzen. Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Bedeutung der Staat; der allein die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital regeln soll. Einführung der Todesstrafe (die Italien als erste unter den europäischen Völkern abgeschafft hat) für die, die die faschistische Revolution

Kleine

verschont hat, wenn sie von neuem versuchen sollten, die Nation zu verraten...

Natürlich wird sich die Regierung schon hüten, mit Haut und Haar dieses lebenswichtige Programm künftiger Normalität zu unternehmen...

Die leitenden faschistischen Persönlichkeiten müssen also darauf gefaßt sein, in der neuen Kammer etwa den Diebstahl unter der eigenen Partei spielen zu müssen...

Da die Parteien in Italien ebenso abgeschafft sind, wie z. B. der 1. Mai, so ist es nur noch nationale Partei und Opposition gibt...

Rahr bleibt frei!

München, 17. Mai. (Eig. Draht.) Das gerichtliche Ermittlungsverfahren gegen Rahr, Loffow und Seiger wegen Beteiligung am Hochverrat des 8. November wurde nunmehr eingestellt...

Daß sich die bayerische Justiz an den Hochverräter Rahr nicht heranwagen würde, war von vornherein klar.

Amnition rüffelt Mary

München, 17. Mai. (Eig. Draht.) Wegen der in Bayern vielbesprochenen Weigerung des Reichsänglers Mary anlässlich einer Wahlrede im bayerischen Gebiet...

München, 18. Mai. (Eig. Draht.) Die Landesoberhandlung der Bayerischen Volkspartei hielt am 17. und 18. Mai in München...

die mit Spannung erwartete Tagung ab, an der sämtliche hervorragenden Persönlichkeiten der Partei teilnahmen.

Republikaner werden verprügelt!

Blutiger „Mantentag“ in Fürstenwalde. Fürstenwalde, 18. Mai. (Eig. Draht.) Dem „Deutschen Tag“ in Halle folgte am Sonntag ein Mantentag in Fürstenwalde...

Reinfall der Welfen

Hannover bleibt bei Preußen. Am gestrigen Sonntag ist auf Betreiben der Deutschhannoverschen Partei die Vorabstimmung in der Provinz Hannover vorgenommen worden...

Hannover, 19. Mai. Von den zur Vorabstimmung in der Provinz Hannover zugelassenen Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück lagen bis nachts 1 Uhr fast sämtliche Ergebnisse vor.

Es hat also nur ein Viertel der Stimmberechtigten für Abtrennung von Preußen gestimmt, womit dem Treiben der Welfen das schärfste Urteil gesprochen wurde.

Politisch bedeutet die Abweisung der Welfen in Hannover einen Erfolg für Preußen und für das Reich...

Koalition oder nicht?

Der Meinungskampf der französischen Genossen. Genosse Viktor Schiff meldet dem Bormärts aus Paris:

Die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ist in den Vordergrund aller politischen Erörterungen gerückt und hat alle anderen Probleme einschließlich des Ministeriums überdrängt.

Es hat jedenfalls den Anschein, als ob die Meinungsverschiedenheiten und die Unsicherheit innerhalb der Partei zum guten Teil daher kommen, daß man über die weitere Gestaltung der Dinge in Deutschland vorläufig im unklaren ist.

dammer Junge mit dem Gummihüpfel verprügelt. Wir erinnern z. B. den Vorfall, wie ein alter 55jähriger Mann von einem jungen Polizeibeamten mit dem Gummihüpfel verprügelt wurde...

Wer hat überhaupt den Reichsparlamentarischen Erlaubnis erteilt, die Friedensuniform in Fürstenwalde passieren zu lassen? Wer stellte die Kaserne für den Aufstellungsort der Verbände?

Reich, für Zusammenfassung der Volkströme und für die Einheit von Staat und Republik.

Der bayerische Innenminister für Sprengung Preußens

Hannover, 17. Mai. (Eig. Draht.) Der bayerische Innenminister Dr. Schweyer wurde von der Deutschhannoverschen Partei zu einem Referat nach Hannover eingeladen...

München, den 18. Mai 1924.

Für die freundliche Einladung, ein Referat aus Anlaß der Volksabstimmung in Hannover zu übernehmen, sage ich verbindlichsten Dank.

Bayerischer Staatsminister des Innern. Schweyer stellt sich als mit seinem Brief offen auf die Seite der Abstimmungsbewerberinnen und meint es, sich in preussische Angelegenheiten einzumischen...

Herriot für Verftändigung

Paris, 18. Mai. (Eig. Draht.) Der Führer der bürgerlichen Sozialistischen Radikalen, Herriot, der wahrhaftig neue Ministerpräsident, hat die ihm von dem Abgeordneten Roulet in dem Bund gelegte Weisung...

Die Republikanisch-sozialistische Partei (35 Abg.) hat beschlossen, an der Regierung nur teilzunehmen, wenn sie sofort durchführt: Dimission Millerand, nötige Amnestie, sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit den Alliierten zum Zweck der schleunigen Regelung des Reparationsproblems...

Verhandlungen mit Rußland

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beantragt, den Auswärtigen Ausschuss zur Behandlung des russischen Falls in der russischen Handelsdelegation sofort einzuberufen.

In Stuhlbänken des zum Schutze der Reinpuffung zur Last gelegt. Sämtliche Personen des öffentlichen Verkehrs...

Am Freitag. Urteils erließ. rechtsanwalts als Beihilfe zur Laute gegen den und sechs Jahre auf je fünf Jahre...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

Der Bormärts über dem Montags. Die Nation hat die Zeit vor sich...

